

Status quo in Illnau-Effretikon

ILLNAU-EFFRETIKON Das Nein zur Initiative «Wohnen für alle» und zum Gegenvorschlag sei kein Nein zum gemeinnützigen Wohnungsbau, sind sich Befürworter und Gegner einig. Sie fragen sich nun, wie es weitergeht.

ZO 2016-09-26

Am Ende war es deutlich: Nach einem hart und teilweise polemisch geführten Abstimmungskampf in Illnau-Effretikon lehnten die Stimmbürger die Volksinitiative «Wohnen für alle» mit 70,7 Prozent und den Gegenvorschlag des Stadtrats mit 60,7 Prozent Nein-Stimmen ab. Damit wird die Gemeindeordnung nicht angepasst. Weder wird festgeschrieben, dass der Anteil gemeinnütziger Wohnungen bis 2040 von zurzeit 13 auf 15 Prozent steigen soll, noch, dass der Anteil in Zukunft mindestens beibehalten wird.

Stadtpräsident Ueli Müller (SP), der sich für den Gegenvorschlag eingesetzt hatte, zeigt sich mit dem Resultat nicht zufrieden. Angesichts des Abstimmungskampfs kritisiert er die Gegner rund um die SVP, die FDP, die JLIE, die BDP und den Hauseigentümergebund: «Die Propaganda war massiv.» So habe er schon im Vorfeld mit einem solchen Resultat gerechnet. «Das Argument der hohen Kosten hat offenbar gezogen – obwohl es falsch ist.»

Gespannt auf den Stadtrat

Der Stadtrat habe sich nicht stärker für seinen Gegenvorschlag eingesetzt, weil es für eine Behörde nicht üblich sei, mit Plakaten und Inseraten aufzutreten, sagt der Stadtpräsident. In der



«Die Propaganda gegen die Initiative und den Gegenvorschlag war massiv.»

Ueli Müller (SP),
Stadtpräsident

Abstimmungsweisung sei der Standpunkt des Stadtrats hingegen klar ersichtlich gewesen.

David Zimmermann, Mitglied des Komitees Für eine vernünftige Wohnungspolitik, kritisiert diese Strategie. «Der Stadtrat hätte sich mehr anstrengen müssen», sagt der EVP-Präsident. Er ist vom Abstimmungsergebnis enttäuscht. «Die Stimmbürger haben sich leider gegen den goldenen Mittelweg entschieden.» Jetzt sei er gespannt, wie der Stadtrat reagieren werde. «Ich hoffe, dass der gemeinnützige Wohnungsbau nicht ad acta gelegt wird.»

Dessen ist sich SP-Gemeinderätin und Mitinitiantin Brigitte Röösl sicher. Denn zumindest eines habe ihre Initiative er-



«Der Anteil gemeinnütziger Wohnungen wird nicht einbrechen.»

Stefan Fässler (FDP),
Gegenkomitee

reicht: «Im Abstimmungskampf haben sich alle Parteien klar dafür ausgesprochen, dass Wohnbaugenossenschaften in unserer Stadt grundsätzlich willkommen sind.» Nun fordert sie vom Stadtrat, dass dieser sein Schwerpunktprogramm umsetze, sich also für den gemeinnützigen Wohnungsbau einsetze, wie es dort festgeschrieben sei.

Stefan Fässler, FDP-Vizepräsident und Vertreter des Gegenkomitees, schliesst sich dem an: «Das doppelte Nein heisst nicht, dass wir jetzt mit dem gemeinnützigen Wohnungsbau runterfahren sollen.» Die Ziele des Stadtrats blieben klar bestehen. «Wir haben nichts gegen gemeinnützigen Wohnungsbau einzuwenden. Er darf nur nicht



«Der Stadtrat hätte sich mehr anstrengen müssen.»

David Zimmermann (EVP),
Komitee Für eine vernünftige
Wohnungspolitik

vom Staat aufgezwungen werden.»

«Alles bleibt beim Alten»

Fässler ist überzeugt, dass der Anteil gemeinnütziger Wohnungen in der Stadt trotz dem Abstimmungsergebnis nicht einbrechen wird. «Es ist zwar gut möglich, dass er in Zukunft, wenn unsere Stadt wächst, etwas sinken wird.» Die Politik könne aber wie bisher über Gestaltungspläne Einfluss nehmen.

Brigitte Röösl malt da ein deutlich düsteres Zukunftsbild: Sie befürchtet, dass die prognostizierten 3000 zusätzlichen Wohnungen allesamt von privaten Investoren gebaut werden könnten. «Dann wird günstiger Wohnraum verschwinden, diverse Leute wer-



«Günstiger Wohnraum wird verschwinden.»

Brigitte Röösl (SP),
Komitee Wohnen für alle

den keine erschwingliche Wohnung mehr finden, und viele Junge werden aus der Stadt wegziehen.» Illnau-Effretikon drohe ein ähnliches Szenario wie Zürich, wo es viele leer stehende teure Wohnungen gebe. «Weil es für die Eigentümer billiger kommt, solche Wohnungen leer zu lassen, als den Mietzins zu senken.»

Stadtpräsident Ueli Müller beruhigt: «Grundsätzlich bleibt mit diesem doppelten Nein alles beim Alten.» Der Stadtrat werde bei Bauzonen, die er beeinflussen könne, situativ entscheiden, ob er einen Anteil gemeinnütziger Wohnungen festschreibe. Und dies, ohne eine bestimmte Quote im Hinterkopf zu haben. «So haben wir die heutigen 13 Prozent ja auch erreicht.» Janko Skorup

Kommentar



Janko Skorup
Redaktor
Ressort
Pfäffikon

Ein Zeichen gegen die Einmischung

Die Initianten haben zu viel gewollt. Der Anteil gemeinnütziger Wohnungen in Illnau-Effretikon liegt heute schon bei 13 Prozent, was offenbar die Schmerzgrenze der Stimmbürger ist. Vor allem scheinen diese mit dem bisher Erreichten zufrieden zu sein – und dafür braucht es keinen Artikel in der Gemeindeordnung.

Das soll auch so bleiben. Denn eine fixe Quote an gemeinnützigem Wohnraum festzuschreiben, wäre ein unnötiger Zwang gewesen. Ein Ja, sei es zur Initiative oder zum Gegenvorschlag, hätte den Handlungsspielraum des Stadtrats eingeschränkt.

Der Abstimmungskampf hat

allerdings gezeigt, dass das Thema in Illnau-Effretikon aktuell ist. Alle Parteien von links bis rechts haben sich für Wohnbaugenossenschaften ausgesprochen. Sie müssen nun beweisen, dass das nicht nur leere Worthülsen waren, und sollten sich entsprechenden Projekten gegenüber offen zeigen.

Denn das doppelte Nein war kein Nein zu Wohnbaugenossenschaften. Es war ein Zeichen gegen die Einmischung des Staats.